

SPD kontert Kritik am Sparkurs der Stadt

Nach Ansicht der SPD-Gemeinderatsfraktion muss die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt intensiviert werden, um die Ziele und Hintergründe des städtischen Sparkurses auf den Punkt und vor allem den Mitbürgern nahe zu bringen. Viele Bürgerinnen und Bürger würden Unverständnis gegenüber der Haushaltskonsolidierung zeigen im Hinblick auf die zurückliegenden positiven Jahresabschlüsse der Stadt. Es gehe grundsätzlich darum, den Zusammenhang zwischen der Ertragsituation der Stadt und den damit zu finanzierenden laufenden Kosten und der erforderlichen Liquidität zur Finanzierung notwendiger größerer Investitionen aufzuzeigen. „Dann wird schnell deutlich, dass wir mit der auseinander klaffenden Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben ohne die Haushaltskonsolidierung zukünftig in ein sehr schwieriges Fahrwasser kommen würden. Wichtige Investitionen in die kommunale Infrastruktur wären somit stark erschwert. Das kann nicht in unserem Interesse und erst recht nicht im Interesse zukünftiger Generationen sein“, stellt SPD-Fraktionsvorsitzender Parsa Marvi fest. Ohne einen genehmigungsfähigen Haushalt wäre die kommunale Handlungsfähigkeit dahin, die für die Sozialdemokraten höchste Priorität habe. Wer wirklich etwas für das

Gemeinwohl und die Beibehaltung der hohen Lebensqualität in Karlsruhe tun wolle, müsse sich für die Haushaltskonsolidierung öffnen. Nur so wird Karlsruhe den notwendigen finanziellen Spielraum behalten, um auch zukünftig, das zu bleiben was es heute schon ist, eine lebenswerte, junge und dynamische Stadt. Im Zusammenhang mit den städtischen Finanzen übt die SPD-Fraktion auch Kritik am Verhalten der Grünen. Das öffentliche Gebaren zwischen Fraktion, Kreisverband und der Grünen Bundestagsabgeordneten zeichne ein merkwürdiges Bild. „Eine Grüne Doppelstrategie für Karlsruhe lehnen wir ab. Es kann nicht sein, dass ihre Gemeinderatsfraktion einerseits den Sparkurs grundsätzlich mitträgt, aber Kreisverband und Bundestagsabgeordnete den Eindruck erwecken, dass sie am liebsten vor dem Rathaus gegen den Gemeinderat und den Oberbürgermeister demonstrieren würden“, so Marvi. Die Sozialdemokraten fordern die Grünen auf, ihrer Verantwortung für Karlsruhe gerecht zu werden. „Die SPD-Fraktion sieht die Haushaltskonsolidierung als gesamtstädtische Aufgabe und steht für eine verlässliche und nachhaltige Haushaltspolitik, bei der Einzelinteressen gegebenenfalls nachgeordnet werden müssen“.

ERFOLGREICHER SPD-ANTRAG

Wohnungsbau in Karlsruhe voranbringen



Mit einem Antrag im Gemeinderat hatte die SPD-Fraktion darauf gedrungen, nunmehr zügig die Schaffung von mehr Wohnraum in der Stadt umzusetzen. Angesichts des inzwischen akuten Bedarfs an preiswertem

sind besonders nachhaltig, weil dabei die Verriegelung neuer Flächen vermieden wird“. Aus Sicht der SPD-Stadträtin sind die Wohnungsbaugenossenschaften in Karlsruhe mit ihren einigen tausend Wohnungen im Bestand ein wichtiger Ansprechpartner. „Einige Wohnungsbaugenossenschaften beklagen, dass eine Ertüchtigung bestehenden Wohnraums oft am Denkmalschutz scheitert“, erklärt Gisela Fischer, die die Stadt hier in der Pflicht sieht, günstige Einzelfallabwägungen zu treffen. Die Verwaltung hat zugesagt, die Schaffung von Wohnraum als vordringlichstes Ziel mit verschiedenen Strategien zu verfolgen. Wir sind gespannt.



(Foto: F. König)

Wohnraum in Karlsruhe wurde die Stadtverwaltung beauftragt, zusammen mit den ortsansässigen Wohnungsbaugenossenschaften deren Potential für die Schaffung weiterer Wohnungen zu ermitteln. Insbesondere sollte dabei geprüft werden, wo bestehende Gebäude aufgestockt oder Freiflächen überbaut werden können. Erfreulicherweise hat Karlsruhe einen stetigen Bevölkerungszuwachs zu vermeiden - aber der Wohnungsbau stagniert. Deshalb muss zügig gegengesteuert werden. „Wir zielen auf eine Optimierung vorhandener Bebauung ab“, so Stadträtin Gisela Fischer, die Mitglied im Bauausschuss ist. „Der effiziente Ausbau von bestehenden Immobilien und die Nachverdichtung an vorhandenen Standorten



Seite 4
Ausgabe 46
August 2016



Vor dem Abstieg noch ein schnelles Gruppenbild. Gute Laune und ein wenig Spannung machen sich breit. (Foto: F. König)

In dieser Ausgabe:
Ausgabe 46
August 2016

Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“ der Bundes-SGk
Seite 2

Besuch der offenen Jugendwerkstatt
Seite 2

Grün-schwarze Regierung greift in die Kasse der großen Städte
Seite 3

SPD kontert Kritik am Sparkurs
Seite 4

SPD-FRAKTION AUF BAUSTELLENBESICHTIGUNG

Kombilösung - es bleibt dabei

Die SPD-Gemeinderatsfraktion bekennt sich weiterhin klar zur Vollendung der Kombilösung: „Für uns steht der Bund eindeutig in der Pflicht, auch den Bauabschnitt Kriegsstraße im Rahmen der ursprünglich vereinbarten 60 Prozent-Förderung zu finanzieren. Deshalb stellen wir uns ausdrücklich hinter die Bemühungen von Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup und Verkehrsminister Winfried Hermann, die Förderung des Bundes sicherzustellen. Die abschlägige Kritik des Rechnungshof, mit der die durch einen Bürgerentscheid demokratisch legitimierten Grundsatzentscheidungen zum

Bau der Kombilösung mitsamt ihren verbrieften Förderzusagen hinfällig wären, können wir keinesfalls hinnehmen“ so das Statement des SPD-Fraktionsvorsitzenden Parsa Marvi. „Das „Nein“ zum Umbau der Kriegsstraße käme zu einem Zeitpunkt, an dem das Gesamtprojekt weit fortgeschritten ist und die Kosten für Umplanungen unkalkulierbar sind. Es kann nicht sein, dass der elementare Zusammenhang zwischen den einzelnen Bauabschnitten vom Rechnungshof konterkariert wird“, fügt Stadtrat Michael Zeh hinzu. Ein eigenes Bild konnte sich kürzlich die SPD-Gemeinderatsfraktion

bei einer interessanten Baustellenbesichtigung vor Ort machen. Angefangen am Kongresszentrum über den Marktplatz bis hin zur Lammstr. wurden die Fraktionsmitglieder unter der kompetenten Führung der KASIG-Verantwortlichen entlang des gigantischen unterirdischen Bauprojektes geleitet. Bei den Tunnelarbeiten hat die Sicherheit stets oberste Priorität und ist jederzeit gewährleistet. Wer einmal miterlebt hat, wie engagiert und begeistert die Bauarbeiter ihre anspruchsvolle Arbeit verrichten, der wird die bisherige Bautätigkeit nicht in Frage stellen und rückabwickeln wollen.



VON PARS MARVI, VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION

Ein „JA“ zum Profifußball

Neben der Kombilösung hat kaum ein Großprojekt jemals so die Gemüter erhitzt wie der Neubau des Wildparkstadions. In der Gemeinderatssitzung vom 19.07.16 hat sich der Gemeinderat nach jahrelangen Diskussionen für einen Neubau des KSC-Stadions im Wildpark ausgesprochen. Mit dieser positiven Entscheidung des Gemeinderats bekommt der KSC ein Angebot nicht mehr und nicht weniger. Auch dank der hervorragenden Vorarbeit der Verwaltung und elf eigens eingerichteten Arbeitsgruppen ist eine Beschlussvorlage herausgekommen, die ein ausgefeiltes Vertragskompendium beinhaltet. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Mitteln der öffentlichen Hand darf jedoch bei keinem noch so emoti-

ongeladenen Projekt aus den Augen verloren werden. So wurden bspw. vom KSC geforderte zusätzliche Tiefgaragenplätze unter der Haupttribüne abgelehnt. Insgesamt hätte man sich ein bisschen mehr Bescheidenheit des Vereins gewünscht, denn eines steht fest: Die Stadt Karlsruhe lässt sich die Zügel nicht aus der Hand nehmen. Jedes Jahr mehrere Mio. Euro in ein marodes Stadion mit katastrophalen Sicherheitsstandards zu stecken war letztendlich aber ebenso wenig eine Option wie ein kleineres Stadion irgendwo abseits auf der grünen Wiese zu bauen. Nun liegt der Ball beim KSC: Er kann ihn in ein neues Wildparkstadion verwandeln. Ein gewaltiger Vertrauensvorschuss seitens der Stadt Karlsruhe liegt vor.

Parsa Marvi



SITZUNG DES ARBEITSKREISES „GROSSE STÄDTE“ DER BUNDES-SGK IN KARLSRUHE

Zusammenhalt vor Ort stärken

Zur Sitzung des Arbeitskreises „Große Städte“ trafen sich vom 2. bis 3. Juni 2016 die Mitglieder der Bundes-SGK im Haus Solms in Karlsruhe. Nach der Eröffnung der Veranstaltung durch Oberbürgermeister Frank Menstrup und Yvette Melchien, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe, wurde am Donnerstag zwischen 13 und 18 Uhr gemeinsam unter den Leititeln „Kommunale Wohnungspolitik“ und

„Europa und seine Städte“ diskutiert. Dabei wurde die erfolgreiche Wohnraumförderung und Akquise in Karlsruhe in Einstiegsreferaten dargestellt. Am darauffolgenden Vormittag wurden die Tagesordnungspunkte „Kommunale Finanzen und Bundespolitik“ sowie „Gesetzgebungsvorhaben und Initiativen auf Bundesebene“ abgearbeitet. Den Abschluss bildete eine Führung durch die neue Ausstellung „GLOBALE: Der Wiener

Kreis - Digitale Logik und wissenschaftliche Philosophie“ im ZKM. Der rege Erfahrungsaustausch und die neuen Bekanntschaften haben zu einer besseren Vernetzung der verschiedenen SPD-Fraktionen in Deutschland geführt. Sicherlich werden einige gemeinsame Projekte und Kooperationen anhand der gesammelten Ergebnisse entstehen und zu einer Stärkung der sozialdemokratischen Kommunalpolitik führen.



SPD-FRAKTION UNTERWEGS

Besuch der Offenen Jugendwerkstatt

Bei einem Besuch der Offenen Jugendwerkstatt Karlsruhe in Grünwettersbach informierte sich die SPD-Gemeinderatsfraktion über die Arbeit der Einrichtung. Vereinsvorstand Prof. Dr. Peter Eyerer führte die Fraktionsmitglieder über das Gelände mit seinen vielfältigen Werkstätten. Die Offene Jugendwerkstatt Karlsruhe bietet seit 2009 Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Möglichkeit, sich handwerklich zu betätigen und die erlernten Fähigkeiten direkt - unter anderem bei aktuellen Forschungsprojekten in den Bereichen erneuerbare Energien, Speichertechnik und Motorentechnik anzuwenden. Die SPD-Stadträte zeigten sich beein-

druckt von der Arbeit der Jugendwerkstatt. „Kinder und Jugendliche haben hier einen Freiraum, in dem sie kreativ sein und ihre handwerklichen Fertigkeiten entwickeln können“, sagte SPD-Stadträtin Elke Erneemann. Der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Wettersbach Horst Weiland gab während des Besuchs bekannt, dass der Erlös des traditionellen Frühlingstags der Wettersbacher SPD in diesem Jahr als Spende an die Offene Jugendwerkstatt geht. „Wir wollen damit als SPD die Offene Jugendwerkstatt unterstützen und auch das große ehrenamtliche Engagement der Vereinsmitglieder würdigen“, erklärte Horst Weiland.

PERSONALWECHSEL

Susanne Oppelt wird neue Geschäftsführerin der SPD-Gemeinderatsfraktion

Susanne Oppelt wird neue Geschäftsführerin der SPD-Gemeinderatsfraktion. Die Volljuristin tritt zum 1. August die Nachfolge von Christian Eheim an, der am 17. Juli zum neuen Bürgermeister der Gemeinde Graben-Neudorf gewählt wurde. „Mit Susanne Oppelt bekommt die SPD-Fraktion eine Geschäftsführerin, die über eine langjährige Erfahrung und eine herausragende Qualifikation verfügt“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Parsa Marvi. Susanne Oppelt leitete zuvor zehn Jahre lang das Büro des Landtagsabgeordneten Johannes Stober und arbeitet bereits seit 2015 als wissenschaftliche Mitarbeiterin für die SPD-Gemeinderatsfraktion. Dem scheidenden Geschäftsführer Christian Eheim wünscht Parsa Marvi alles Gute für seine neue Aufgabe als Bürgermeister von Graben-Neudorf.



LANDESPOLITIK

Grün-schwarze Landesregierung greift in die Kasse der großen Städte

Die von Grünen und CDU im Koalitionsvertrag der neuen grün-schwarzen Landesregierung vereinbarten Änderungen beim kommunalen Finanzausgleich waren Thema im Karlsruher Gemeinderat. In einer Anfrage forderte die SPD-Fraktion die Stadtverwaltung auf, den drohenden finanziellen Schaden für die Stadt Karlsruhe zu beziffern. „Grüne und CDU greifen mit den Änderungen beim kommunalen Finanzausgleich in die Kasse der großen Städte im Land“, warnt SPD-Fraktionsvorsitzender Parsa Marvi. Zehn Jahre lang sollen laut grün-schwarzem Koalitionsvertrag Großstädte weniger Geld aus dem Finanzausgleich erhalten. „Mit den geplanten Änderungen wird den Großstädten Fördergeld weggenommen und in den ländlichen Raum umgeleitet“, analysiert Parsa Marvi. Jetzt gelte es zügig die Risiken für die Stadt Karlsruhe zu beziffern und in die Finanzplanung aufzunehmen. Besonders das Verhalten der Grünen erstaunt den SPD-Fraktionsvorsitzenden: „Dass ausgerechnet die Grünen die Großstädte im Land so im Stich lassen, hätte ich nie für möglich gehalten.“ Die SPD-Fraktion erwartet, dass sich die Stadt Karlsruhe gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden gegen den Griff in die Kasse der großen Städte durch Grün-Schwarz wehren wird. Viele wichtige kommunale Vorhaben bleiben dabei auf der Strecke und werden auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen. Dieser Umstand muss den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort erklärt werden, denn sie sind diejenigen, die letztendlich zur Kasse gebeten werden. Laut Stellungnahme der Verwaltung könne



(Foto: Fränkle)

man aufgrund konkreter fehlender Ausführungen im Koalitionsvertrag, die möglichen Haushaltsrisiken auf die Stadt Karlsruhe (noch) nicht beziffern. Daher liege es nun bei den städtischen Vertretern in den jeweiligen Gremien des Städtetags Baden-Württemberg sowie in den kommunalen Spitzenverbänden Gemeindefrat und Landkreistag, die besondere Rolle und damit auch die Notwendigkeit der entsprechenden Finanzausstattung einer Stadt wie Karlsruhe großzügig zu vertreten.



Foto: F. König

LANDESPOLITIK

Bedauern über Abschaffung des Integrationsministeriums

Trotz der im April von den SPD-Fraktionsvorsitzenden an die Grünen gerichtete Warnung, das Integrationsministerium nicht abzuschaffen (Pressemitteilung 16.04.16), ist es nun bedauerlicherweise doch so gekommen. Die Fraktionsvorsitzenden aus Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim vertreten die einhellige Meinung dass es ein „schwerer Fehler ist, das Integrationsministerium in einer Koalition mit der CDU zu opfern“. Martin Körner (Stuttgart) betont, dass gerade in der größten Stadt Baden-Württembergs die vielfältige Bevölkerung durch die Abschaffung des Integrationsministeriums im Stich gelassen werde. Parsa Marvi erklärt, dass die Abschaffung in längst überwundene CDU-Zeiten fällt und diese Entscheidung einen deutlichen Rückschritt in der Integrationspolitik des Landes bedeutet.

SPD-ANTRAG

SPD-Fraktion will offene Jugendarbeit stärken

Die Weiterentwicklung der offenen Jugendarbeit wird Thema im Karlsruher Gemeinderat. Mit einem Antrag an das Stadtparlament will die SPD-Fraktion eine Stärkung der offenen Jugendarbeit auf den Weg bringen. „In den letzten Jahren konnten wir die offene Jugendarbeit ausbauen und in vielen Stadtteilen verankern. Jetzt wollen wir in den Blick nehmen, wo die inhaltliche Ausrichtung verändert werden muss oder eine Verbesserung der Raumsituation erforderlich ist“, erklärt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion Yvette Melchien. Die Stadtverwaltung soll deshalb dem Gemeinderat einen Überblick über möglichen Sanierungsbedarf in den einzelnen Jugendhäusern vorlegen. „Gerade vor dem Hintergrund der laufenden Haushaltsstabilisierung ist es wichtig, dass wir frühzeitig wissen, wo künftig Investitionen erforderlich sind.

Das schafft Planungssicherheit“, versichert Yvette Melchien. Ein besonderes Augenmerk soll die Stadtverwaltung dabei auch auf die Barrierefreiheit richten. Auch zur inhaltlichen Weiterentwicklung der offenen Jugendarbeit fordert die SPD-Fraktion eine Übersicht an. „Nach dem erfolgreichen Ausbau der offenen Jugendarbeit ist es jetzt Zeit, die zu Grunde liegenden Konzepte zu überprüfen und bei Bedarf zu überarbeiten“, kommentiert Raphael Fechler den Vorstoß seiner Fraktion.



Yvette Melchien



Raphael Fechler